



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Voraussetzungslos : ein ehrliches Wort zum "Falle Spahn"

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Voraussetzungslos

Ein ehrliches Wort zum „Falle Spahn“



Bei dem Streite über die Berufung des katholischen Historikers Spahn an die Universität Straßburg ist in dem Proteste Theodor Mommsens und in den Zustimmungserklärungen, die ihm von einigen Universitäten zugegangen sind, mit Nachdruck von der „Voraussetzungslosigkeit“ der Wissenschaft geredet worden. Gegen die Gleichsetzung dieses Begriffs mit „Wahrhaftigkeit“, die Mommsen selbst in einer zweiten Erklärung allerdings abgeschwächt hat, hat schon in Nr. 48 der Grenzboten eine berufne Stimme Einspruch erhoben. Aber es lohnt sich doch noch, der Frage etwas näher zu treten: Gibt es überhaupt eine voraussetzungslose Wissenschaft?

Die Antwort ist kurz und rund: Nein, denn es giebt keine voraussetzungslosen Menschen. Jeder Mensch ist ein Kind seiner Zeit, er lebt in und von einer bestimmten geistigen Atmosphäre, er saugt aus ihr seine Anschauungen; nur dem Genie ist es erlaubt, sich bis zu einem gewissen Grade von ihr zu befreien, neue Bahnen zu finden und zu weisen, die in eine neue, andre Lebensluft hinüberführen, aber von der, die es zunächst umgiebt, geht auch das Genie aus. So sind alle politischen und sozialen Theorien, sie mögen von noch so abstrakten, „voraussetzungslosen“, aprioristischen Sätzen auszugehen scheinen, thatsächlich doch nichts als die theoretischen Niederschläge der politischen und sozialen Entwicklung ihrer Zeit, als Folgerungen aus ihr oder als Bekämpfung. Wenn Plato, gewiß ein genialer Mensch, in seinem „Staat“ die Philosophen, d. h. die Denkenden, zur Herrschaft beruft, also einer Geistesaristokratie die Leitung übergeben will oder auch einem „philosophischen“ Monarchen, so erscheint das als eine ganz abstrakte Folgerung aus seiner Ideenlehre, denn es fand in den Zuständen der griechischen Welt kein Analogon, und doch ist dieses Ideal ebenso sehr aus den eignen Erfahrungen, dem Widerspruch des geistvollen Mannes gegen die zügellose und unfähige Demokratie seiner Vaterstadt Athen entstanden, und er hat mit seinem „Staat“ die römische Hierarchie, den modernen Beamtenstaat und das absolute Königtum der Auf-

klärungszeit vorausgeahnt, wie er denn keineswegs reiner Theoretiker war, sondern bekanntlich den freilich mißglückten Versuch machte, in Dionysios II. von Syrakus einen „philosophischen“ Herrscher zu erziehen. Ebenso scheint es nur reine Abstraktion zu sein, wenn später J. J. Rousseau, vom glücklichen Naturzustande der Menschheit in allgemeiner Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit ausgehend, die Volkssouveränität und eine vom Volk eingesetzte, ihm verantwortliche Regierung predigte, ein Ideal, das dann in Frankreich erst die Republik des Konvents, dann der Bonapartismus verwirklicht hat, aber praktisch ist er von dem demokratischen Gemeinwesen seiner Vaterstadt Genf bestimmt worden. Wenn endlich Hegel sagt: „Alles, was ist, ist vernünftig,“ so schwebt ihm der preußische Staat seiner Zeit vor Augen: er war ihm mit seiner Herrschaft eines ausgezeichneten hochgebildeten Beamtentums die verwirklichte Vernunft. Auch die abstrakteste und doktrinärste aller sozialen Theorien, die der modernen Sozialdemokratie, eine Spätgeburt des Rousseauschen Idealismus, beruht doch tatsächlich auf dem Gegensatz zum modernen Kapitalismus und Industrialismus.

Unzweifelhaft giebt es ferner eine scharf ausgeprägte christliche Weltanschauung, die uns beherrscht oder sich uns wenigstens überall fühlbar macht. Für sie steht Christus im Mittelpunkt der Weltgeschichte, diese geht erst auf ihn hin, dann von ihm aus, die Entwicklung der Menschheit wird von einer allwaltenden Vorsehung nach einem uns freilich gar nicht oder nur in Umrissen erkennbaren Plane geleitet, der Mensch selbst aber ist ein sich selbstbestimmendes, also sittlich verantwortliches Wesen. Wer diese Weltanschauung nicht hat, dem zerfällt die Geschichte in zusammenhanglose Thatfachenreihen, sie hat kein Ziel, und der Mensch ist der Spielball des blinden Zufalls oder einer unentrinnbaren Notwendigkeit unterworfen, also unfrei und unverantwortlich. Für diese Auffassung ist der Untergang der antiken Kultur schlechthin ein namenloses Unglück, der Sieg des Christentums und der Germanen im Westen, des Islams und der Araber im Osten ein trostloser Rückfall in die Barbarei. Es giebt ebenso unzweifelhaft eine spezifisch theokratische Weltanschauung, die ihre Heimat in Asien hat und noch heute dort herrscht; nach ihr besteht für das ganze irdische Leben eine von der Gottheit eingesetzte Ordnung, es ist also gar keine Entwicklung möglich, vielmehr ist alles, was von ihr abweicht, Abfall von Gott und Verfall. Wer im Banne dieser Weltanschauung steht, für den verwandelt sich die ganze Geschichte in die Kämpfe zweier Prinzipien, des guten und des bösen, des Gottesstaats und der Sünde; für den unendlichen Reichtum der Menschennatur kann er gar kein Auge haben. Deshalb ist z. B. die mittelalterliche Geschichtschreibung über den Standpunkt der Konstruktion und der Chronik niemals hinausgekommen, und sie ist unfähig, die Persönlichkeit zu begreifen. Es giebt endlich unleugbar eine evangelisch-protestantische und eine katholische Auffassung der Geschichte. Sie ist gegenüber der vorchristlichen Zeit im wesentlichen indifferent, aber gegenüber dem Mittelalter und der Neuzeit keineswegs. Der katholische Historiker kann in dem Kampfe zwischen Papsttum und Kaisertum nur eine Auflehnung der Staatsgewalt gegen die von Christus eingesetzte Hoheit des römischen Bischofs

sehen, der die Grenzen seiner Macht gegenüber dem Staate kraft seiner Souveränität nach seinem Willen ziehen kann, und er wird kaum umhin können, diese Betrachtungsweise auch auf die modernen Verhältnisse zu übertragen, jedenfalls bei der Beurteilung etwaiger Konflikte zwischen Staat und Kirche innerlich auf der Seite der Kirche stehn. Er wird ebenso die Reformation als eine unvermeidliche Folge der Zustände in der Kirche am Schlusse des Mittelalters begreifen können, aber ihr inneres Recht und den ungeheuern Fortschritt, den sie nicht in allen, wohl aber in sehr entscheidenden Beziehungen gebracht hat, wird er schwerlich vorbehaltlos zugestehn. Der protestantische, namentlich der deutsche Historiker wiederum wird den Kampf des Kaisertums als einen Streit um die Grundlagen des deutschen Staats und der nationalen Einheit verstehn und darüber vielleicht in die Gefahr kommen, das relative Recht des Papsttums zu unterschätzen, oder die katholische Kirche, aus der die Reformation hervorging, zu schwarz zu malen. Sogar in der Beurteilung der gesamten deutschen Geschichte stehn oder standen sich die Gegensätze scharf gegenüber. War die Kaiserpolitik des Mittelalters berechtigt oder nicht, förderlich oder verhängnisvoll für die Nation? War es ein Segen oder ein Unsegn für Deutschland, daß Preußen emporkam und schließlich Österreich ausschied? Wie stark beeinflusst auch der politische Parteistandpunkt ganz unbewußt das Urtheil über die Vergangenheit! Man kann z. B. ohne Übertreibung sagen, daß sogar Mommsen seine römische Geschichte vom Standpunkte des Liberalismus der fünfziger Jahre aus geschrieben hat. Solche Verschiedenheiten der „Voraussetzungen“ sind also keineswegs gleichgiltig für die Auffassung und Darstellung der Geschichte. Oder um ein Beispiel aus der Theologie herauszugreifen: wer das Wunder leugnet, der wird in einer Reihe neutestamentlicher Erzählungen von vornherein nur fromme Legenden sehen; ist der aber „voraussetzungslos“? Es stehn eben überall Prinzipien einander gegenüber, und Prinzipien, unbeweisbare, aprioristische Leitsätze, lassen sich eigentlich nicht widerlegen. Wenn einer an der Möglichkeit der neutestamentlichen Wunder festhält, so kann ihm der Naturwissenschaftler zehnmal sagen: Nach unsrer Erfahrung giebt es keine Wunder, kann es gar keine geben; der Theolog wird immer sagen können: Eure Erfahrung ist so beschränkt, eure Kenntniss von der Natur noch so oberflächlich, daß ihr zwar die Bedingungen genau angeben könnt, unter denen sich ein Streichhölzchen entzündet, aber durchaus nicht wißt, warum es das thut; wie wollt ihr über die Möglichkeit von Wundern urtheilen! Daß die theokratische Weltanschauung vielfach verderblich gewesen ist, das kann man beweisen, aber ist sie deshalb falsch? Haben nicht auch andre Weltanschauungen Verderben genug in die Welt gebracht? Logisch beweisbar ist auch die christliche Weltanschauung nicht, ist keine Religion; nur aus ihren Früchten kann man ihren Wert erkennen, aber welche Früchte sie trägt, das hängt mindestens ebenso sehr von den Menschen ab, die sich zu ihr bekennen, wie von ihren Lehren. Die Wahrheit kann natürlich nur eine sein, aber wir Menschen erkennen nicht ihr reines, volles Licht, wir sehen es immer nur gebrochen in farbigen Strahlen.

Also: eine Voraussetzungslosigkeit giebt es im strengen Sinne des Worts nirgends, am wenigsten in den Wissenschaften historischen Charakters. In jeder ausgedehnten Darstellung, die den großen Zusammenhängen der Dinge gerecht werden will, wird sich die Grundanschauung des Bearbeiters geltend machen. Aber ist Auffassung und Darstellung nicht voraussetzungslos, die Forschung, die Sammlung des Materials soll es allerdings in dem Sinne sein, daß sie nicht von vornherein ein bestimmtes Ergebnis erwartet, daß sie vielmehr nur das, was sie wirklich findet, sieht und mitteilt, daß sie am wenigsten etwas erweisen will, was irgend welchen Parteirücksichten dient, und daß sie alles ehrlich ausspricht, auch was geltenden Meinungen und Parteizwecken widerspricht. Wenn ein Historiker neue Forschungen über den Ursprung des Siebenjährigen Kriegs anstellt, so soll er sie nicht etwa mit der Absicht führen, zu erweisen, daß Friedrich der Große politisch der Angegriffene oder der Angreifer gewesen sei, und wenn ein anderer die Quellen zur innern Geschichte Deutschlands um 1500 studiert, dann soll er nicht die Tendenz haben, alles in der katholischen Kirche schwarz oder weiß zu finden. Seine Grundanschauung wird natürlich in beiden Fällen auch auf die Beurteilung seiner Quellen einigermaßen einwirken, man wird deshalb besser nicht von Voraussetzungslosigkeit, sondern von Tendenzlosigkeit der Forschung reden, und das Streben danach ist allerdings gleichbedeutend mit Wahrhaftigkeit, der obersten, der heiligsten Pflicht aller Wissenschaft.

Nun leugnet niemand, daß in diesen Beziehungen zwischen Protestanten und Katholiken ein großer Unterschied besteht, daß der katholische Forscher einem starken kirchlichen „Rechtswange“ unterliegt, den der Protestant nicht kennt. Denn die katholische Kirche ist die große Heils- und Erziehungsanstalt, die zwischen Gott und dem Menschen vermittelt, und ohne die dieser nicht zu Gott gelangen kann, sie muß also ihre Gläubigen in allen Beziehungen bevormunden, sie ist oder will sein die Herrschaft der Mündigen, der Priester über die Unmündigen, die Laien. Der Protestant fühlt sich seinem Gott unmittelbar gegenüber, er beansprucht deshalb Gewissens- und Denkfreiheit, er fühlt sich mündig und keinem kirchlichen Rechtswange unterworfen, der dem Wesen seiner Kirche widersprechen würde. Darin liegt die Überlegenheit der protestantischen, die „Inferiorität“ der katholischen Wissenschaft, die niemand peinlicher empfindet als gebildete Katholiken. Wenn ein katholischer Forscher beweisen könnte, der Apostel Petrus sei niemals in Rom gewesen, also sei die theoretische Grundlage der päpstlichen Macht als der Nachfolgerin seines bischöflichen Amtes hinfällig, so würde das ein Angriff auf das Papsttum und auf die ganze Kirche sein, den diese niemals dulden könnte. Wenn dagegen ein protestantischer Forscher zu dem Ergebnis käme, die Rechtfertigungslehre, das „reale Prinzip“ des Protestantismus, sei zwar die Lehre des Paulus, aber durchaus nicht die Lehre Christi, so würde er zwar in manchen Kreisen Anstoß erregen, aber kein Mensch würde ihn aus der Kirche ausschließen wollen. Umgekehrt hat vor jeder Lehre der katholischen Kirche, die „dogmatisch abgeschlossen“ ist, jede Forschung Halt zu machen. Der Protestant sagt mit Luther: „Nie

stehe ich, ich kann nicht anders," und fordert persönliche Widerlegung mit „gewissen, klaren Gründen," der Katholik muß sagen: „Ich unterwerfe mich der Autorität, denn sie ist zugleich die überlegene, die höhere Einsicht, ohne daß sie sich die Mühe giebt, mich noch besonders zu widerlegen." Diese Prinzipien scheinen unversöhnlich, und sie sind es auch — als Prinzipien, aber manches, was sich grundsätzlich ausschließt, muß sich im Leben vertragen und verträgt sich auch. Zunächst giebt es doch zahlreiche und ausgedehnte Forschungsgebiete, die von der Kirchenlehre gar nicht berührt werden. Der Jesuitenpater Secchi in Rom ist der größte Erforscher der Sonne geworden, und die italienische Archäologie ist der deutschen durchaus ebenbürtig. Es giebt vor allem innerhalb und außerhalb Deutschlands genug bedeutende katholische Historiker, auch auf Wissensgebieten, auf denen sich Konflikte mit der Kirche ergeben könnten, wie von den Verstorbenen der Bischof Hefele mit seiner großen Konziliengeschichte einer war oder F. W. Rampuschulte mit seinen trefflichen, in der That ganz unbefangenen Werken über die Universität Erfurt im Verhältnis zum Humanismus und zur Reformation und Calvins Kirche und Staat, von den jetzt Lebenden z. B. der Kirchenhistoriker Franz X. Kraus, Moritz Ritter in Bonn mit seiner Geschichte Deutschlands in der Zeit der Gegenreformation, Karl A. Cornelius in München mit seinen Arbeiten zur Reformationsgeschichte, Nikolaus Paulus ebendort mit seinen Forschungen zu derselben Zeit, der den klerikalen Verdächtigungen Luthers scharf entgegengetreten ist, und — Martin Spahn mit seiner trefflichen Biographie des streitbaren Theologen Johannes Cochläus. Zu der „Objektivität“ von Ranke's Päpsten werden sie sich schwerlich erheben, aber es ist die Frage, ob diese Art der Geschichtschreibung das einzige Ideal ist. Jedenfalls dürfen wir, wenn wir von katholischer Geschichtschreibung hören, nicht immer nur an Janßens durch und durch tendenziöse Deutsche Geschichte denken. „Wer die Arbeiten (katholischer Historiker) mustert, sagt ein hervorragender evangelischer Theolog, die seitdem geliefert worden sind, gewahrt mit Freuden einen sichtlichen Fortschritt von tendenziös-konfessioneller Gebundenheit zu unbefangener, objektiver Geschichtschreibung.“ Diesen Fortschritt sollen wir nicht hemmen, sondern fördern, und wir fördern ihn, wenn wir ihn offen anerkennen. So werden beide Parteien, ohne von ihren religiösen Überzeugungen etwas aufzugeben, zunächst auf wissenschaftlichem Gebiete einander näher kommen, einander verstehen und achten lernen, und dabei wird nicht nur die Wissenschaft gewinnen, sondern auch unser nationales Leben. Denn wir Deutschen, das einzige große konfessionell gespaltnete Kulturvolk, von dem schon im Reiche ein volles Drittel nun einmal katholisch ist, haben das allerdringendste Interesse daran, daß die vernünftigen und patriotischen Männer hüben und drüben die Fanatiker und Heßer auf beiden Seiten zurückdrängen, daß wir Protestanten den Katholiken nicht immer vorrücken: Ihr seid unfrei, Sklaven Roms, eure Wissenschaft ist „inferior," und daß die Katholiken Rücksichten auf unsere Empfindungen nehmen und z. B. auf die Zurückberufung der Jesuiten ehrlich verzichten, da diese nun einmal dem protestantischen Volke als seine bösen Feinde gelten, daß mit einem Worte auf beiden Seiten nicht bei jeder passenden

und unpaffenden Gelegenheit immer das hervorgehoben wird, was uns trennt, sondern das, was uns gemeinsam ist, das Vaterland und die trotz alledem doch übereinstimmende christliche Weltanschauung.

Von hier aus wird nun wohl auch die Berufung des katholischen Historikers Martin Spahn neben der des Protestanten Friedrich Meinecke nach Straßburg in einem etwas andern Lichte erscheinen, als die Proteste Theodor Mommsens und einer großen Anzahl von Professoren deutscher Universitäten zunächst zugeben wollen. Gewiß, Spahn ist als Katholik berufen worden, und er hätte den Ruf, wäre er das nicht, vielleicht nicht erhalten, obwohl gegen seine wissenschaftliche Tüchtigkeit gar nichts eingewandt werden kann, aber er ist für katholische Geschichte so wenig berufen worden wie Meinecke für protestantische. W. Giesebrecht und H. Sybel wären von König Max nach München vermutlich auch dann berufen worden, wenn sie Katholiken gewesen wären, aber sie waren eben doch Protestanten, und vielleicht war das in den Augen des Königs sogar ein Vorzug, weil er sich von ihnen eine größere Unbefangenheit versprach, als von seinen katholischen Bajuwaren, die niemals über die blauweiße „Reichsgrenze“ hinausgekommen waren. Jedenfalls sollte aber ihre Ernennung keine „Konfessionalisierung der Wissenschaft“ im protestantischen Sinne bedeuten, obwohl sich die echten und gerechten Münchner über diese „Reger“ und „Fremden“ seiner Zeit gerade so aufgehalten haben, wie jetzt andre Leute über den Katholiken Spahn. Immerhin verdient hervorgehoben zu werden, daß die Zustimmungserklärungen zu Mommsens Protest alles andre sind, als eine einmütige Rundgebung der deutschen Universitätslehrer.

Eine Reihe der deutschen Universitäten hat sich überhaupt gar nicht gerührt, und unter den Namen der Leipziger Professoren fehlt etwa ein Duzend sehr ansehnlicher, sehr gewichtiger Unterschriften. Man sollte denken, wenn die Freiheit der Wissenschaft durch den katholischen Geschichtsprofessor in Straßburg wirklich so schwer bedroht ist, dann hätte ein Sturm der Entrüstung von Königsberg bis Bonn und von Kiel bis Tübingen brausen müssen, oder ist das bei den Hunderten von Professoren, die nicht unterschrieben haben, etwa Charakterchwäche und Liebedienerei? Das behauptet doch im Ernst kein Mensch. Wie sich Spahn mit seiner schwierigen Aufgabe abfinden wird, das ist seine Sache. Seine katholische Weltanschauung mag er natürlich vertreten, wo sie hingehört, wenn er nur nicht seine wissenschaftliche Ehrlichkeit verleugnet, denn mit schließlich doch berechtigter Rücksicht auf die katholische Studentenschaft ist er berufen, und man kann sagen: so gut wie etwa eine evangelisch-theologische Fakultät Professoren positiver und liberaler Richtung umschließt, wie sie geradezu den einen wegen dieser, den andern wegen jener Richtung beruft, also ihn darauf auch bis zu einem gewissen Grade verpflichtet, damit die Studenten nicht einseitig gebildet werden, sondern verschiedene Anschauungen miteinander vergleichen können, so gut können auch Historiker verschiedener Konfessionen gedeidlich nebeneinander wirken, wie es in München, Würzburg, Bonn längst der Fall ist, und es kann auch protestantischen Studenten gar nichts schaden,

wenn sie einmal einen Katholiken über Geschichte hören. Wir kennen einander überhaupt noch viel zu wenig.

Aber freilich, diese Berufung ist, *horribile dictu*, ein Zugeständnis an das Zentrum. Gewiß, das ist sie, und wer alle Konzessionen an diese Partei verwirft, der muß natürlich auch diese als eines der vielen „traurigen Zeichen der Zeit“ bedauern, der hat aber freilich auch kein richtiges Verständnis für die Lage der Regierung. Es frommt nicht, alte Wunden aufzureißen, aber Tatsache ist es eben doch, daß das Zentrum seine Stellung als ausschlaggebende Partei den Liberalen verdankt, als diese sich in ihrem Doktrinarismus 1879 dem Fürsten Bismarck für die Durchführung seiner nationalen Steuer- und Wirtschaftspolitik ver sagten, ihn damit zwangen, den unseligen Kulturkampf, dem gerade sie zugejubelt hatten, mit einer Reihe von Konzessionen, jedenfalls nicht als Sieger, zu beenden, und die konservativ-klerikale Mehrheit zu bilden, die seitdem den Reichstag beherrscht. Die Verwandlung aller andern Parteien in wirtschaftliche Interessenparteien und das Schwinden des alten, zuweilen doktrinären, jedenfalls aber lebendigen Idealismus hat dann die Stellung des Zentrums noch mehr befestigt, und heute kann keine Mehrheit zustande kommen ohne das Zentrum, d. h. also, das Deutsche Reich kann nicht mehr regiert werden ohne, geschweige denn gegen das Zentrum. Das ist sehr beschämend für die andern, aber alle Klagen und alles Schimpfen schafft diese leidige Tatsache nicht aus der Welt, und die Reichsregierung muß mit den Tatsachen rechnen, nicht mit Klagen und Wünschen, mit der Macht, nicht mit der Ohnmacht. Die Zukunft des Reichs beruht in der That zu einem nicht geringen Teile darauf, daß die katholischen Deutschen, die das Kaisertum eines protestantischen Herrscherhauses mit Mißtrauen begrüßten und eben deshalb das Zentrum begründeten, die dann durch den Kulturkampf schwer gereizt wurden, sich nicht als Auckende, als Deutsche zweiter Klasse fühlen, sondern als Volldeutsche, daß sie darum unter Umständen auch in Rom diesen nationalen Standpunkt energischer zur Geltung bringen, als es bisher offenbar meist geschehen ist, und einen größern Einfluß auf die italienische Oberleitung ihrer Kirche gewinnen, als sie bis jetzt wohl haben. Es besteht ja nicht die geringste Gefahr, daß wir unsre katholischen Landsleute in eine ähnliche Lage versetzen, wie die katholische Reformation in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts die Protestanten, die schließlich ausländische Hilfe annahmen, weil das Reich ihnen ihr Recht versagte, beides zum Verderben Deutschlands. Aber wir haben so furchtbar unter dem konfessionellen Zwiespalt gelitten, daß es die heiligste Pflicht beider Parteien ist, seinen Einfluß auf unser öffentliches Leben möglichst zu beschränken. Bei Strafe der Vernichtung dürfen wir konfessionelle Politik nicht treiben. Man kann annehmen, daß der Kaiser eben jenes Ziel beharrlich verfolgt und z. B. in der Ernennung des „Altdeutschen“ Benzler zum Bischof von Metz wie des Weihbischofs Zorn von Bülach für Straßburg ein großes Zugeständnis vom Vatikan erlangt hat, denn im Sinne des franzöfrierenden Klerus der Reichslande sind diese Berufungen wahrhaftig nicht gewesen. Da konnte es ihm auf die Ernennung eines katholischen

Historikers für die Universität des überwiegend katholischen Reichslands nicht so sehr ankommen. Trotzdem bleibt die sachliche prinzipielle Berechtigung des Mommsenschen Protestes gegen die „Konfessionalisierung“ der Wissenschaft bestehen, ja er kann der Regierung einen Rückhalt gegen zu weit gehende Ansprüche des Zentrums geben.

Beinahe noch schlimmer als diese Konzeption an das Zentrum ist für manche allerdings die Oktroyierung Spahns, den die philosophische Fakultät Straßburg nicht nur nicht vorgeschlagen, sondern geradezu abgelehnt hat. Dagegen hat ihr Dekan, der Archäolog Adolf Michaelis, soeben im Hamburger „Votum“ einen entrüsteten Protest gerichtet und zugleich die schwersten Anklagen auch gegen die preußische Unterrichtsverwaltung erhoben, daß sie seit neunzehn Jahren durch bureaukratische Eingriffe das Vorschlagsrecht der Fakultäten gekränkt, durch Reverse die Freiheit der Wissenschaft beschränkt habe. Gewiß hat er damit einer unter den Professoren weitverbreiteten Stimmung Ausdruck gegeben, aber ehe man von der preußischen Regierung fordert, daß sie diese im erregtesten Tone vorgebrachten Beschuldigungen widerlege (was sie inzwischen unternommen hat), muß man von Michaelis erwarten, daß er sie durch einzelne Beispiele, die ihm natürlich nicht fehlen werden, näher begründe (was er bis jetzt nicht gethan hat). Jedenfalls zeigt sich auch hier, daß sie selbst aus Professorenkreisen nicht unwiderprochen bleiben; Adolf Harnack in Berlin hat sich soeben in der Rationalzeitung aufs nachdrücklichste gegen den „animosen Angriff“ von Michaelis erklärt. Die übliche Besetzung der Lehrstühle auf den Vorschlag der Fakultäten als der sachkundigen, also kompetentesten Organe hat gewiß ihre großen Vorzüge; aber niemand wird leugnen, daß es dabei zuweilen recht menschlich zugeht, daß Cliquenwesen, Vorurteile und persönliche Rücksichten keineswegs immer ausgeschlossen sind. Wenn also die Regierung, die doch wohl auch Sachverständige außerhalb der beteiligten Fakultät zur Verfügung hat, dann und wann zu einer Oktroyierung schreitet, wozu sie gesetzlich befugt ist, so kann das unter Umständen unvermeidlich und wohl begründet sein. Hält sie es z. B. für notwendig, in eine ausschließlich orthodoxe oder liberale theologische Fakultät einen Vertreter der entgegengesetzten Richtung einzuschieben, den die Fakultät ablehnt, dann wird sie ihn eben oktroyieren. Ähnlich hat in Straßburg der Kaiser gehandelt, und zwar auf Vorschlag des Statthalters, des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, mit Zustimmung des Reichskanzlers und des preußischen Kultusministeriums. Darüber geht weder die Freiheit der Wissenschaft noch auch nur die Selbstständigkeit der Universitäten zu Grunde. Diese sind doch auch nicht mehr ganz die freien, auf sich selbst ruhenden und sich selbst erhaltenden Korporationen des Mittelalters, sondern auch Staatsanstalten, für die der Staat große Opfer bringt, und sie sind nicht nur für die Pflege der reinen Wissenschaft da, sondern auch für die Lehre. Darum muß der Staat auch das Recht haben, gelegentlich in die ihnen sonst gewährte sehr weitgehende Selbstständigkeit einzugreifen, wenn es sein dringendes Interesse verlangt, und wenn er anarchistische Lehrer, die den Staat als solchen prinzipiell verneinen, nicht dulden könnte, so wird er

dann und wann auch einmal eine Professur gegen den Willen der Fakultät besetzen dürfen. Ganz rein können eben die Eigenschaften der Universitäten als selbständiger Korporationen und als Staatslehranstalten niemals ineinander aufgehen, das praktische Leben zwingt hier wie überall zu Kompromissen. *



Das englische Königtum

Von Hugo Bartels

(Schluß)



is 1688 waren die Ausgaben des Hofes von den Staatsausgaben nicht getrennt, und eine Zivilliste wurde erst unter Wilhelm III. eingeführt. Verglichen mit den frühern Beträgen, 700 000 Pfund Sterling unter Wilhelm und 900 000 Pfund Sterling unter Georg III., erscheint die heutige Zivilliste sehr mäßig. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sie früher mit einer großen Masse von Gehalten belastet war, die seitdem entweder als überflüssig und der Bestechung dienend abgeschafft oder vom Staat übernommen worden sind.

Unter der Königin Viktoria stand die Zivilliste auf 385 000 Pfund Sterling. Davon waren 131 260 Pfund Sterling für Gehalte bestimmt, 172 500 Pfund Sterling für den Unterhalt des Hofes, 13 200 für Wohltätigkeitszwecke, 8040 für besondere Ausgaben und 60 000 für die Privatkasse der Königin. Für Edward VII. ist die Zivilliste auf 470 000 Pfund Sterling erhöht worden, wovon 110 000 Pfund Sterling in die Privatkasse des königlichen Paares fließen. Die Königin, die als besondere konstitutionelle Person gilt (schon in der angelsächsischen Zeit hatte die Gemahlin des Königs eine Ausnahmestellung vor andern Frauen), erhält daraus für sich die Summe von 30 000 Pfund Sterling, der König den Rest von 80 000 Pfund Sterling. Zum Ausgleich für die Bewilligung der Zivilliste muß der Inhaber des Thrones auf die alten, an Wert geringern Kroneinkünfte verzichten. Nach radikaler Anschauung ist dieser Verzicht unnötig, da die Einkünfte aus den Kronländern und gewissen Gefällen und Gerechtsamen nicht dem Könige gehören, sondern dem Staat. Praktischen Wert dürfte die Frage aber niemals haben. Denn solange die Briten sich im Glanze einer Krone sonnen wollen, müssen sie auch für die Kosten des Hofhalts aufkommen; sollte es ihnen dagegen einfallen, sich ohne König zu behelfen, dann würde es diesem recht schwer fallen, auch nur einen roten Heller des sogenannten Kroneinkommens zu erhalten.

Auch mit der jüngsten Erhöhung erscheint die Zivilliste nicht sehr groß. Die Privatkasse erfährt aber einen nicht zu verachtenden Zuschuß aus den dem Könige zustehenden Einkünften des Herzogtums Lancaster, die sich im Laufe der langen Regierung Viktorias verzehnfacht haben und gegenwärtig nach